

Bremische Bürgerschaft

Landtag

18. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1.

11.12.14

Waffenkontrollen im Land Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Waffenbesitzer waren in Bremen und Bremerhaven am 31. Dezember 2014 registriert, und wie viele dieser Personen wurden seit der Einführung der Waffenkontrollgebühr am 24. Juli 2012 bis einschließlich 31. Dezember 2014 überprüft (bitte getrennt nach Bremen und Bremerhaven sowie nach Jahren ausweisen)?
2. Wie viele Verstöße gegen waffenrechtliche Vorschriften wurden bei diesen Kontrollen festgestellt, und in wie vielen Fällen wurde ein Ordnungsgeld verhängt (bitte getrennt nach den Standorten Bremen und Bremerhaven ausweisen)?
3. Wie hoch war der Gesamtbetrag an Gebühren, der 2014 als Ergebnis dieser Kontrollen im Land Bremen vereinnahmt wurde, und wie haben sich diese Einnahmen seit dem 24. Juli 2012 entwickelt (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

2.

16.12.14

Crystal Meth in der Hooliganszene

Wir fragen den Senat:

1. Wie schätzt der Senat die Entwicklung ein, dass Hooligans und Problemfans um aggressiver und schmerzunempfindlich zu sein vermehrt zu harten Drogen wie Crystal Meth greifen?
2. Wurden bei Hooligans oder Problemfans durch die Polizei in Bremen, etwa per Zufallsfund oder auch gezielt, Betäubungsmittel gefunden und, wenn ja, lässt sich hier eine Häufung der Fälle im Vergleich zu vor ca. fünf Jahren feststellen?
3. Wie viele Straftaten, insbesondere Körperverletzungsdelikte, wurden unter dem Einfluss von Betäubungsmitteln von Problemfans und Hooligans innerhalb der letzten zwei Jahre in Bremen verübt, und ist hier eine Steigerung zu erkennen?

Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

3.

16.12.14

Todesfälle durch medizinisches Personal auch in Bremen möglich?

Wir fragen den Senat:

Wie werden in Bremen Todesfälle durch medizinisches Personal, wie im Falle des „Todespflegers“ von Delmenhorst, verhindert?

Welche statistischen Auswertungen zum Verbrauch bestimmter Medikamente werden dazu geführt?

Wie beurteilt der Senat vor diesem Hintergrund die Einführung einer qualifizierten Leichenschau?

Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

4.

17.12.14

Alterseinschätzung und Altersfeststellung von minderjährigen Flüchtlingen

Wir fragen den Senat:

In wie vielen Fällen wurden im Jahr 2014 Untersuchungen zur Alterseinschätzung bzw. zur Altersfeststellung im Land Bremen durchgeführt?

Welche Methoden wurden hierbei angewandt, und welche Gründe und Rechtsgrundlagen lagen hierfür vor?

Wie viele vermeintlich Minderjährige mit unklarer Identität sind im Jahr 2014 jeweils in Bremen oder Bremerhaven registriert worden?

Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

5.

17.12.14

Forensische Informations- und Kommunikationstechnik (luK)

Wir fragen den Senat:

Wie viele Vorgänge liegen zurzeit beim LKA zur forensischen luK-Auswertung vor?

Wie hoch ist gegenwärtig die Bearbeitungszeit bei der forensischen luK-Auswertung?

Welche personelle und technische Ausstattung steht für die IuK-Auswertung zur Verfügung?

Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

6.

17.12.14

Überstunden im öffentlichen Dienst des Landes Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie hoch ist der aufgelaufene Stand an Überstunden im öffentlichen Dienst der Freien Hansestadt Bremen (Land und Stadtgemeinde) derzeit?
2. Wie hoch ist der finanzielle Gegenwert dieser insgesamt derzeit aufgelaufenen Überstunden?
3. Für wie viele Tage müsste der öffentliche Dienst im Land Bremen geschlossen werden, um die aufgelaufenen Überstunden auf null abzubauen?

Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

7.

18.12.14

Privattelefonate in den Behörden

Wir fragen den Senat:

Wie hoch sind die durchschnittlichen Kosten pro Mitarbeiter für private Telefonate mit den Diensttelefonen in den Behörden und Dienststellen der Stadt und des Landes Bremens?

Wie hoch ist der personelle und materielle Aufwand zur Erhebung und Abrechnung der Kosten für private Telefonate?

Wie bewertet der Senat das Pilotprojekt in Frankfurt a. M., bei dem die städtischen Mitarbeiter umsonst Privatgespräche von ihren Diensttelefonen führen dürfen?

Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

8.

18.12.14

Programme gegen Extremismus im Land Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Welche Programme gegen Extremismus im Land Bremen gibt es, und mit welchen Finanzmitteln sind diese Programme ausgestattet (bitte differenzieren nach Programmen gegen Rechtsextremismus, Linksextremismus und religiösen Extremismus)?
2. Welche Projekte und Initiativen erhielten in 2014 Unterstützung aus diesen Programmen (bitte unter Angabe der jeweils gewährten Mittel ausweisen)?
3. Ist für 2015 eine Ausweitung der bestehenden Programme gegen Extremismus oder die Auflage neuer Programme geplant, und wenn ja, welche zusätzlichen Mittel werden dafür bereitgestellt?

Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT

9.

06.01.15

Auskunftssperren von Polizeibeamten

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Polizeibeamte mit Wohnsitz im Land Bremen haben im Jahr 2014 unter Hinweis auf mögliche Gefährdungen in Zusammenhang mit der Ausübung ihres Dienstes die Eintragung einer Auskunftssperre im Melderegister gemäß § 32 Absatz 5 des Bremischen Melderegistergesetzes beantragt, und wie hat sich die Zahl dieser Anträge seit 2010 entwickelt (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?
2. Wie viele Anträge auf Eintragung einer Auskunftssperre der in Frage 1 genannten Personengruppe wurden 2014 genehmigt bzw. abgelehnt?
3. Müssen Polizeibeamte mit Wohnsitz im Land Bremen ihren Antrag auf Eintragung einer Auskunftssperre jeweils individuell begründen oder werden die mit ihrer Tätigkeit regelmäßig verbundenen Gefährdungen von der Meldebehörde als hinreichend angesehen, um eine Beeinträchtigung der schutzwürdigen Interessen des Betroffenen oder dritter Personen (z. B. Familienangehörige) als Antragsvoraussetzung im Sinne von § 32 Absatz 5 des Bremischen Melderegistergesetzes anzunehmen?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

10.

06.01.15

Zwangsvollstreckungen wegen Nichtzahlung des Rundfunkbeitrags

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Vollstreckungsersuchen von öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten wegen ausstehender Rundfunkbeiträge sind 2014 bei den zuständigen Vollstreckungsbehörden im Land Bremen eingegangen (bitte nach säumigen Zahlern in Bremen und Bremerhaven differenzieren)?
2. In wie vielen Fällen führten die Vollstreckungsersuchen aus Frage 1 zu Vollstreckungsmaßnahmen, und wie oft wurde die Gläubigerforderung vollständig befriedigt?
3. In wie vielen Fällen wurde 2014 gegen säumige Zahler des Rundfunkbeitrags im Land Bremen Erziehungshaft verhängt?

Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT

11.

08.01.15

Gefährdung durch islamistische Terrorkämpfer

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Islamisten, die sich nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden am bewaffneten Kampf des sogenannten Islamischen Staates oder anderer islamistischer Terrororganisationen beteiligt haben, sind mittlerweile wieder ins Land Bremen zurückgekehrt?
2. Stehen die islamistischen Rückkehrer unter Beobachtung der Bremer Sicherheitsbehörden, und wenn ja, wie viele Mitarbeiter sind für diese Aufgabe abgestellt?
3. Liegen dem Senat Erkenntnisse vor, die darauf hindeuten, dass von den aus dem Nahen Osten zurückgekehrten Terrorkämpfern eine konkrete Gefährdung für die Sicherheit des Landes Bremen ausgeht?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT

12.

13.01.15

Arbeitnehmerdatenschutz und Terrorismusbekämpfung

Wir fragen den Senat:

1. Ist dem Senat bekannt, dass die Daimler AG Medienberichten zufolge zukünftig die Daten von Mitarbeitern und Stellenbewerbern mit den zur Terrorismusbekämpfung angelegten Sanktionslisten der EU und der USA abgleichen wird?
2. Wie beurteilt der Senat dieses Vorgehen?
3. Geht der Senat davon aus, dass dieses Vorgehen zukünftig von anderen Firmen nachgeahmt und/oder auf weitere Gruppen (Lieferanten/Kunden) ausgeweitet wird?

Rainer Hamann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

13.

15.01.15

Geduldete Ausländer im Land Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Ausländer, deren Abschiebung nach § 60a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) vorübergehend ausgesetzt war, hielten sich zum Stichtag 31. Dezember 2014 im Land Bremen auf (bitte nach Bremen und Bremerhaven unterteilen)?
2. Wie lange befanden sich die Personen aus Frage 1 zum Stichtag 31. Dezember 2014 bereits im Land Bremen (bitte differenzieren nach Aufenthaltsdauer weniger als 1 Jahr, 1 bis 3 Jahre, mehr als 3 Jahre), und wie lang war die durchschnittliche Aufenthaltsdauer über alle geduldeten Ausländer?
3. Wie viele geduldeten Ausländer im Land Bremen nahmen zum Stichtag 31. Dezember 2014 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (einschließlich Analogleistungen nach § 2 AsylbLG) in Anspruch, wie hoch waren die Kosten, die 2014 im Land Bremen für diesen Zweck anfielen, und wie haben sich diese Kosten seit 2010 entwickelt (bitte getrennt nach Jahren ausweisen)?

Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT